



Newsletter Nr. 4/2018

des DVPB Landesverbandes Rheinland-Pfalz

verfasst von: *Michael Sauer (Landesvorsitzender) unter Mitwirkung von Kerstin Pohl, Georg Mohr und Stefan Fölker und Klaus Barheier*

Inhalt

1. Aktuelles
2. Wahl des neuen Bundesvorstandes – Bundesdelegiertenversammlung in Berlin
3. Rückblick: 19. Tage der Politischen Bildung 2018
4. Ausblick auf 2019 - Veranstaltungen
5. Programm und Anmeldung: Bundeskongress 2019 in Leipzig
6. Literaturempfehlungen

1. Aktuelles

Sehr geehrte Mitglieder,

wir blicken auf ein Jahr zurück, in dem wir eine Vielzahl erfolgreicher Veranstaltungen angeboten, neue Kooperationspartner gefunden oder bestehende Kooperationen weiter ausgebaut haben. Auch verbandspolitisch waren wir mit unserer Arbeitsgruppe, die sich mit inhaltlichen Überlegungen zur Erhöhung der Stundenzahl im Fach Sozialkunde beschäftigte, sehr engagiert.

Aus dem Ministerium hören wir, dass die Entscheidung über die Erhöhung der Stundenzahl für Sozialkunde in der Sekundarstufe I getroffen worden ist. Die ursprünglich für Ende des Jahres angekündigte Information der Verbände durch das Ministerium wurde allerdings abgesagt. **Bildungsministerin Stefanie Hubig** möchte selbst über die Entscheidung informieren. Wir blicken diesem Termin gespannt entgegen und hoffen, dass sich das Ministerium hierbei in die richtige Richtung bewegt hat.

Unser Mitglied **Nina Eichelsbacher**, derzeit Referendarin am Studienseminar Kaiserslautern, hat für ihre Masterarbeit an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, die von **Prof. Dr. Kerstin Pohl** betreut wurde, den Walter Jacobsen-Preis in der Kategorie „Praxis“ erhalten. Dieser Preis wird vom Bundesvorstand der DVPB verliehen. Sie teilt sich den mit 500 Euro dotierten Preis mit Dr. Christian Fischer von der Universität

Rostock. Frau Eichelsbacher hat eine Unterrichtseinheit zum Thema „Nachhaltige Stadtentwicklung“ zur Förderung von politischer Gestaltungskompetenz für einen Sozialkundekurs der Sek. II eines Gymnasiums in Andernach konzipiert, erprobt und reflektiert. Ziel der Unterrichtseinheit war die Stärkung der spezifisch politischen Bildung im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Der Zweck der BNE wird in der Arbeit ganz im Sinne des Walter Jacobsen-Preises verstanden als Bestreben, dass sich „Jugendliche zu selbständigen Persönlichkeiten mit politischer Urteilskraft entwickeln und in erhöhtem Maße bereit sind, sich in Staat und Gesellschaft verantwortlich und engagiert einzusetzen“. Die Arbeit wird in Kürze voraussichtlich auch online verfügbar sein. Wir gratulieren Frau Eichelsbacher ganz herzlich zu diesem Erfolg!

Nochmals erinnern möchten wir an unsere **Fachtagung zum Antisemitismus am 14./15. Februar 2019**. Bitte melden Sie sich zahlreich zu dieser Veranstaltung an und werben Sie auch an ihrer Schule und bei den Schulleitungen für diese Tagung. Da es uns gelungen ist, für diese Veranstaltung neben **Bildungsministerin Stefanie Hubig**, **Wissenschaftsminister Konrad Wolf**, dem Antisemitismusbeauftragten des Landes, **Dieter Burgard**, auch **Bundespräsident a.D. Christian Wulff** zu gewinnen rechnen wir mit einer breiten Berichterstattung über diese Veranstaltung. Dies bringt auch unserem Verband eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung. Den Flyer/das Programm können Sie [hier](#) einsehen.

Zur [Anmeldung](#)

2. [Wahl des neuen Bundesvorstandes - Bundesdelegiertenversammlung in Berlin](#)

Vom 15. bis 17. November 2018 fand in Berlin die diesjährige Herbsttagung der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) statt. Sie trug den Titel „Politische Bildung als Demokratisierung der Gesellschaft?“.

Im Anschluss an die Herbsttagung fand die Bundesdelegiertenversammlung der DVPB statt. Hier berichtete der scheidende Vorsitzende **Prof. Dr. Dirk Lange** über die Aktivitäten des Vorstands in den letzten drei Jahren. Im Anschluss wurde der neue Vorstand gewählt. Neuer Bundesvorsitzender ist **Prof. Dr. Tonio Oeftering** von der Universität Oldenburg. Er wurde auf der Delegiertenversammlung per Skype zugeschaltet, da nur 15 Stunden vorher seine zweite Tochter in Oslo zur Welt gekommen war. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, ehemals Universität Halle, Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Universität Bielefeld sowie die Schatzmeisterin Marga Kempe aus Sachsen-Anhalt in ihren Ämtern bestätigt. Als Beisitzende wurden Prof. Dr. Karl Peter Fritzsche, Prof. Dr. Markus Gloe, Vertretungsprof. Dr. Moritz-Peter Haarmann, Dr. Gudrun Heinrich, Christel Schrieverhoff sowie Benedikt Widmaier gewählt.

Mit Bedauern wurde von den Delegierten und vom Vorstand zur Kenntnis genommen, dass sich nur wenige Lehrerinnen und Lehrer zur Wahl gestellt hatten.

Die DVPB Rheinland-Pfalz wurde auf der Bundesdelegiertenversammlung durch **Prof. Kerstin Pohl** vertreten.

Wir streben allerdings an, uns in Zukunft wieder verstärkt auf der Bundesebene zu beteiligen und mittelfristig auch wieder ein Mitglied in den Bundesvorstand zu entsenden.

Wer Lust, Zeit und Interesse daran hat soll sich beim Landesvorsitzenden Michael Sauer melden. Gerne würden wir dann auch für die Bundesdelegiertenversammlung mehrere Mitglieder entsenden. Die Fahrt- und Übernachtungskosten trägt der Verband.

3. Rückblick: 19. Tage der Politischen Bildung 2018

Am 22./23. November 2018 fanden in Landau die 19. Tage der Politischen Bildung zum Thema „Populismus - Umbau des Wohlfahrtsstaates – Digitalisierung der Arbeitswelt: Scheitert die Demokratie in Deutschland?“ als Kooperationsveranstaltung der DVPB, des Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstituts und der Landeszentrale für Politische Bildung statt. Die Tagung war mit 80 Teilnehmern bereits Wochen vorher ausgebucht.

Nach der Begrüßung und Einführung ins Thema durch **Michael Sauer** (Landesvorsitzender DVPB Rheinland-Pfalz) und **Volker Elsenbast** (Direktor EFWI) behandelte **Prof. Dr. Dirk Jörke** (TU Darmstadt) im Einführungsvortrag die Frage, ob die Demokratie in Deutschland und Europa durch Populismus gefährdet sei. Nach einer Begriffsklärung und einer Wähleranalyse erläuterte er die multidimensionalen Ursachen für den Aufstieg des Populismus: das Auftreten einer neuen Cleavage (kosmopolitisch vs. traditionalistisch), die Schwäche der Sozialdemokratie sowie der Autoritarismus und bestimmte Ressentiments. Für ihn ist es rational erklärbar, dass rechtspopulistische Parteien gewählt werden. Seine Schlussfolgerung lautet, dass die moralische Ausgrenzung des Populismus diesen in doppelter Weise bestätigt und intensiviert. Er lässt sich als Appell

an die kosmopolitischen Eliten deuten, die Versprechen der Demokratie wieder ernster zu nehmen.

Im Anschluss daran trug **Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer** (Universität Heidelberg) zum Thema „Wählerpräferenzen, politische Parteien und wirtschafts- und sozialpolitische Reformen“ vor. Im Zentrum seines Beitrages standen zwei übergeordnete Fragen: Zum einen, ob man für den europäischen Raum empirisch belegen könne, ob es für Reformen auf dem Gebiet der Verteilungspolitik und der Gesellschaftspolitik einen Unterschied mache, ob eher liberale/konservative oder eher sozialdemokratische Parteien an der Regierung sind. Zum anderen wurde die Frage thematisiert,



(Vortrag von Prof. Reimut Zohlnhöfer, Foto: Georg Mohr)

ob und wenn ja an welchen Wählerpräferenzen sich die politischen Parteien bei ihren Reformen orientieren. Alternativ diskutierte Zohlhöfer hier den „Medianwähler“ und die „eigene Kernwählerschaft“. Seiner Untersuchung nach ist nur dann eine Orientierung an der Kernwählerschaft festzustellen, wenn eine bestimmte Frage die Kernwählerschaft besonders mobilisiert und diese die Frage auch eindeutig beantwortet. Oftmals ist aber keine Orientierung an der Kernwählerschaft zu beobachten.

Im Anschluss an die Plenumsvorträge wurden in verschiedenen *Workshops* Aspekte der Tagungsthematik weiter vertieft.

Andreas Jaeger, Leiter der Abteilung Kommunikation des rheinland-pfälzischen Landtags, stellte in seinem Workshop „Jugendliche und Politikerinnen und Politiker im Dialog auf Augenhöhe“ zunächst die Angebote des Landtags vor, mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Hierbei wurden der Umgang und die Erfahrungen mit populistischen Parteien diskutiert, wobei auch der rechtliche Rahmen - das Neutralitätsgebot - und die Kriterien des Beutelsbacher Konsenses eine Rolle spielten. Zuletzt setzten sich die TeilnehmerInnen des Workshops mit der Frage auseinander, wie man ein Gespräch mit Politikern inhaltlich und organisatorisch vorbereiten sollte, sodass man von einer Diskussion auf Augenhöhe sprechen kann.

Unter dem Titel „Ein Leben ohne Erwerbsarbeit!?“ gab **Dr. Helge Batt** (Universität Landau) einen Einblick in die Utopie des Post-Workism. Ausgehend von der Stellung der Arbeit in unserem Leben entfaltete er die Idee einer Welt ohne/weniger Arbeit und damit einer Welt nach dem Ende der Arbeitsgesellschaft. Die aufgeworfenen Fragen und Thesen wurden von den TeilnehmerInnen intensiv diskutiert.

Im Workshop von **Alexander Mack**, Referent im Haus am Maiberg in Heppenheim, ging es um die Frage, ob reales politisches Handeln im Politikunterricht eine Chance für die Demokratie darstellt. Mack stellte hierzu Beispiele und Ergebnisse aus dem entsprechenden Partizipationsprojekt vor, welches seit einigen Jahren in Kooperation mit Schulen in Hessen und Rheinland-Pfalz durchgeführt wird.

Am zweiten Tag besichtigten die Tagungsteilnehmer zum Thema Arbeit 4.0 und Digitalisierung das Daimler Global Logistics Center in Germersheim, welches mit 3000 Mitarbeitern das größte seiner Art in der Automobilbranche ist. Die Führung zeigte auf, in welchen Bereichen Daimler auf herkömmliche Arbeit und Prozesse setzt und in welchen Bereichen die Arbeitswelt durch die Digitalisierung erheblich verändert wird. Diese Eindrücke wurden im Anschluss von **Dr. Anke Knopp** entsprechend dahin eingeordnet, inwiefern diese disruptiven Veränderungen als Gefährdung für die Demokratie zu werten sind.

Zum Abschluss der Tagung diskutierte Dr. Anke Knopp mit dem Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens und Vorsitzenden des rheinland-pfälzischen Städtetages, **Bernhard Matheis**, die Frage, ob die Kommunen für die Veränderungen im Bereich der Gesellschaft, der Arbeitswelt und der kommunalen Strukturen den Herausforderungen des Wandels gewachsen sind. Die Diskussion wurde moderiert von **Silke Schneider** (DVPB Rheinland-Pfalz, Wochenschau Verlag).

Verschiedene Materialien und Präsentationsfolien können [hier](#) heruntergeladen werden.

Das Passwort für die Präsentation von Prof. Zohlhöfer lautet *DVPB*.

4. Ausblick auf 2019 – Veranstaltungen

2019 werden wir unser bisheriges Angebot an Veranstaltungen noch einmal ausbauen.

Wir starten mit der **Fachtagung Antisemitismus** am 14./15. Februar 2019 (s. Kap 1.).

In Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitut (PL) und dem Bildungsministerium organisieren wir **drei Fortbildungen zum Beutelsbacher Konsens**, welche sich neben Sozialkunde-Lehrern auch an GL-, Erdkunde- und Geschichtekollegen richten. Diese finden statt am 8.5. in Bad Kreuznach (mit **Prof. Kerstin Pohl**), am 13.5. in Trier (mit **Prof. Matthias Busch**) und am 20.5. in Speyer (mit **Prof. Kerstin Pohl**).

Am 5. Juni bieten wir in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie eine **Exkursion zum BverfG** nach Karlsruhe an. Diese wird inhaltlich begleitet von **Prof. Dr. Marcus Höreth** (TU Kaiserslautern und DVPB Rheinland-Pfalz).

Am 23. August findet unsere erste Fortbildungsveranstaltung statt, die sich vor allem an die KollegInnen mit GL richtet, daneben aber auch für Sozialkunde- und Geschichtslehrer interessant ist. Sie möchte unter dem Arbeitstitel **„100 Jahre Weimar – 70 Jahre Grundgesetz“** dazu beitragen, den KollegInnen mit GL die unterschiedlichen didaktischen Zugänge des politischen und des historisch-politischen Unterrichts zu verdeutlichen.

Obligatorisch werden wir nächstes Jahr am 21./22. November die **„20. Tage der Politischen Bildung“** in Ingelheim in Kooperation mit dem EFWI und der Fridtjof-Nansen-Akademie zum Thema Medien organisieren.

Weiter planen wir noch die **Verleihung des Sutor-Preises** und eine Kooperationsveranstaltung mit der **Atlantischen Akademie**.

5. Programm und Anmeldung: Bundeskongress 2019 in Leipzig

Der **14. Bundeskongress Politische Bildung**, der gemeinsam von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und dem Bundesausschuss politische Bildung (bap) ausgerichtet wird, findet vom 7.-9. März 2019 in Leipzig statt. Das Thema lautet "Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft".

Die Möglichkeit, das Programm einzusehen und sich anzumelden erhalten Sie unter www.bpb.de/bundeskongress.

Ab 15 MitfahrerInnen wäre es möglich, mit dem **Gruppenpreis** von Mainz nach Leipzig zu fahren. Dieser beträgt 50 Euro für Hin- und Rückfahrt.

Hinfahrt: 10.43 Uhr 14.24 Ankunft

Rückfahrt: 11.33 Uhr 15.10 Ankunft

Bei Interesse melden Sie sich bis zum 15. Februar bei unserem Schatzmeister Volker Rith unter info@volker-rith.de.

6. Literaturempfehlungen

In diesem Newsletter möchten wir wieder die Gelegenheit nutzen, Literaturhinweise und -empfehlungen zu geben:

- a) Als erstes möchte ich auf ein Standardwerk hinweisen, welches Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer (Universität Heidelberg) mitverfasst hat. Prof. Zohlnhöfer hielt einen Vortrag bei den 19. Tagen der Politischen Bildung 2018 in Landau.



Reimut Zohlnhöfer und Kathrin Dümig: Politik und Wirtschaft (Politikwissenschaft kompakt), Oldenbourg Verlag, München 2011.

176 S. / 27,95 Euro

Über das Buch: Das Buch besteht aus drei Teilen: (I) Grundlagen der Politischen Ökonomik. (II) Problemfelder: Wie beeinflusst Politik das wirtschaftliche Leistungsprofil? (III) Politikfelder: Was beeinflusst die Wirtschaftspolitik? - Unter anderem werden die Themen dargestellt: Wirtschaftskreislauf, die ökonomischen Theorieschulen (Keynesianismus, Monetarismus, Angebotstheorie), Arbeitslosigkeit, Inflation, Geldpolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Handlungsspielraum nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung.

Pressestimmen (zitiert nach Amazon):

"Eine leicht verständliche Einführung in die Zusammenhänge zwischen Politik (...) und Wirtschaftsgeschehen... Viel glatter gut lesbarer Text, Grafiken und Tabellen gut ausgewählt, schnörkellos und immer auf das Wichtigste beschränkt. Für Studienanfänger ein prima Einstieg, auch interessierte Laien kommen gut zurecht."

Nähere Informationen finden Sie unter:

<https://www.amazon.de/Politik-Wirtschaft-Politikwissenschaft-kompakt-Kathrin/dp/3486585967>

- b) DVPB-Landesvorsitzender Michael Sauer hat mitgearbeitet am Heft „Sicherheit & Frieden“ und dort eine Unterrichtsreihe mit Planspiel zum Syrien-Konflikt verfasst.

Florian Böller / Marcus Müller / Michael Sauer: Internationale Politik I - Sicherheit und Frieden, Wochenschau Sek. I, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2018

72 S. / 22,80 Euro



Über das Heft:

Sicherheit und Frieden sind von globalen Krisen, Konflikten und regionalen Kriegen bedroht: Das „Säbelrasseln“ zwischen US-Präsident Trump und

dem nordkoreanischen Herrscher Kim Jong-Un beschäftigt gegenwärtig die Weltgemeinschaft. Aber auch andere, länger andauernde Konflikte, wie der Bürgerkrieg in Syrien oder der Ukraine-Konflikt, sind noch weit von einer Deeskalation entfernt. Zudem nimmt die Bedrohung durch nicht-militärische Risiken wie den globalen Klimawandel und Terrorismus dramatisch zu. Hunger und Elend führen in einigen Teilen der Welt zu Unruhen, die oftmals auf Nachbarstaaten übergreifen. Angesichts dieser vielfältigen und diffusen sicherheitspolitischen Herausforderungen stellt sich die Frage, wie die Akteure der Staatenwelt Sicherheit und Frieden im 21. Jahrhundert organisieren können.

Anhand von aktuellen Fallbeispielen vermittelt das Basisheft Jugendlichen der Klassen 8 und 9 zentrale Aspekte von Sicherheit und Frieden in einer globalisierten Welt. Ziel ist es, die Jugendlichen zu einer fundierten Analyse und Beurteilung des sicherheitspolitischen Handelns supranationaler, nationaler und zivilgesellschaftlicher Akteure zu befähigen. Authentische Texte, Fotos und Grafiken sowie Arbeitsvorschläge und methodische Anregungen ermöglichen den unmittelbaren Einsatz im Unterricht.

Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://www.wochenschau-verlag.de/sicherheit-und-frieden-2363.html>

- c) Das rheinland-pfälzische DVPB-Mitglied Klaus Barheier hat in der Zeitschrift „Unterricht: Wirtschaft + Politik“ eine Unterrichtsreihe zum Thema „Die Globalisierung meistern. Europäische Antworten auf die Globalisierung“ veröffentlicht.

Karl-Josef Burkard und Bernd Remmele: Unterricht: Wirtschaft + Politik, Globalisierung auf dem Rückzug?, Nr. 3/2018, Friedrich Verlag, Seelze 2018

48 S., 18,50 Euro



Über das Heft:

Welche Ursachen liegen dem „Brexit“ und der „America first“-Politik Donald Trumps zugrunde und welche Folgen werden sie haben? Wer

könnte Gewinner, wer Verlierer des wirtschaftspolitischen Umbruchs sein? Ist nun die Zeit der „schlummernden Supermacht“ China gekommen? Wie kann sich die Euro-päische Union mit Blick auf die Herausforderungen der Globalisierung positionieren? Die Ausgabe bietet Hintergrundinformationen und Unterrichtsentwürfe zu diesen vielfältigen Fragen und Themenfelder.

Gefühlt steuern wir auf eine Zeitenwende zu. In immer mehr Staaten wählen die Menschen populistisch. Immer mehr Regierungen reagieren auf globale Herausforderungen wie Wirtschaftskrisen oder Flüchtlingsströme mit nationaler Abschottung, Protektionismus und dem Ruf nach Grenzen. Für die (Welt-)Wirtschaft hat das unabsehbare Folgen. Dass gerade Großbritannien und die USA – lange tragende Verfechter des globalen Freihandels – ihr politisches Heil im Isolationismus suchen, gefährdet nicht nur die multilaterale Weltordnung, sondern auch die Stabilität der über Jahrzehnte austarierten Wettbewerbsregeln.

Das Einordnen der Problematiken durch historische und aktuelle Bezüge war eines der Hauptanliegen bei der Erstellung dieser Ausgabe. Zudem haben wir ein kleines Novum gewagt: Erstmals finden Sie hier einen Basisartikel, der für die Hand der Schülerinnen und Schüler gedacht ist. Der Beitrag „Die Welt als Markt“ soll jugendlichen Leserinnen und Lesern ein nötiges Hintergrundwissen über den langandauernden Prozess der Globalisierung vermitteln, das der Geschichtsunterricht allein nicht leisten kann.

Nähere Informationen finden Sie unter:

<https://www.friedrich-verlag.de/shop/globalisierung-auf-dem-ruckzug-544031>

d) Ebenfalls von Klaus Barheier (DVPB Rheinland-Pfalz) ist die nachfolgende Rezension zum Buch

Thomas Hellmuth (Hg.): Politische Bildung im Fächerverbund, Wiener Beiträge zur Politischen Bildung 5, Wochenschau Verlag, Schwalbach / Ts. 2017

206 S. / 24,90 Euro



Rezension, erschienen in zdg, Heft 2/2018:

Mitte Juni fand an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die 19. Jahrestagung der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische

Jugend und Erwachsenenbildung (GPJE) statt. Dort stand nebst mehreren Veranstaltungen zum „Fächerzuschnitt“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „Herausforderungen und Grenzen integrativer gesellschaftswissenschaftlicher Bildung“ auf dem Programm. Auch in der jüngsten Ausgabe 2/2018 der von der DVPB herausgegebenen Zeitschrift Polis finden sich Beiträge zu dieser Fragestellung.

Die skizzierten Trends fügen sich ins Bild des hier zu besprechenden Bandes „Politische Bildung im Fächerverbund“, den der Wiener Geschichtsdidaktiker Thomas Hellmuth herausgegeben hat. Im Vorwort umreißt der Herausgeber den Anspruch des Bandes, der sich als „Anregung für weitere Diskussionen“ verstehe. Hellmuth betont: „Weder das unreflektierte Festhalten an einem klassischen

Professionsdenken noch zwanghafte Versuche, dieses zu überwinden, sind dabei hilfreich.“ (6)

Den Part der grundlegenden Einführung übernimmt der Gießener Politikdidaktiker Wolfgang Sander mit seinem Beitrag „Fächerintegration in den Gesellschaftswissenschaften

– neue Ansätze und theoretische Grundlagen“

(7-22). Er befasst sich mit dem „aktuellen Trend“ der Fächerintegration, die u. a. in Integrationsfächern „Gesellschaft und Politik“ oder auch „Welt-Zeit-Geschichte“ ihren Ausdruck

finde. Diese Bemühungen fußen – folgt man seinen weiteren Ausführungen – allerdings eher auf tönernem Grund, da ein „theoretisch fundiertes und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken interdisziplinär gestütztes Integrationskonzept“ (10) noch fehle. Er filtert drei unterschiedliche Modelle heraus, die bei der Verknüpfung der Einzelfächer praktiziert werden: „Verknüpfung durch Verzahnung differenter fachlicher Ziele und Inhalte“, „Verknüpfung durch Themenfelder und Schlüsselprobleme“, „Verknüpfung durch Kompetenzen“ (11-12). Das eigentliche Problem, „auf welche Weise sich die existierende disziplinäre Vielfalt in den Gesellschaftswissenschaften im Wissenschaftssystem mit der Idee der Fächerintegration in der Schule zusammendenken“ lasse, werde damit jedoch nicht gelöst. Er erblickt einen möglichen Ansatz fächerintegrierenden Unterrichts in den je spezifischen Perspektiven der Einzelfächer (Geschichte – Zeit; Geographie – Raum; Politik – Gestaltung; Wirtschaft – Knappheit). Die mehrperspektivische Betrachtung entspreche auch am ehesten der Wirklichkeit gesellschaftlichen Lebens. Seinen Beitrag beschließt er mit „einem neueren Ansatz zur Weiterentwicklung der Social Studies in den USA“, dem sogenannten „C3-Framework“, der

seinen Überlegungen entgegenkomme, da hier versucht werde, „disziplinspezifische Perspektiven“ fruchtbar zu machen. Am Ende mahnt der Verfasser, dass Fächerintegration nicht als „Stundensparprogramm“ (19) missverstanden werden solle. Fragen wie die Ausgestaltung von Studiengängen, die Abstimmung der Curricula und die konkreten Umsetzungen im Schulalltag (Zusammensetzung der Fachschaften) seien zu klären. Die Folgebeiträge wenden sich den Möglichkeiten der Integration unterschiedlicher Teildisziplinen zu. Dem Verhältnis von Geschichte und Politischer Bildung widmet sich der Beitrag „Eine ‚liaison dangereuse‘. Der Unterricht in Geschichte und Politischer Bildung als historisch-politische Sinnbildung“ (23-53) aus der Feder des Herausgebers. Hellmuth bilanziert: „Es gibt zahlreiche Versuche, Geschichte und Politische Bildung miteinander zu verbinden [...], wobei sich die meisten auf ein Nebeneinander beider wissenschaftlichen Disziplinen oder auf die Bestimmung von Überschneidungsbereichen konzentrieren.“ (28) Die Formulierung adäquater Kompetenzmodelle steht – wie er darlegt – noch aus. Ausgehend von einem „lernpsychologischen Wissensbegriff“ (vgl. 31) leitet er ein Modell „historisch-politischer Sinnbildung“

ab. Er fundiert seinen Ansatz mit den drei didaktischen Prinzipien des konzeptuellen, prozessorientierten und handlungsorientierten Lernens. (38). Die Überlegungen flankiert der Verfasser mit übersichtlichen Schaubildern. Zusammenfassend formuliert er: „Das Ziel einer solchen historisch-politischen Bildung ist letztlich die Herausbildung eines ‚selbstreflexiven Ich‘, das die Abhängigkeit seines Wissens von subjektiven Faktoren erkennt, gleichzeitig aber diese Faktoren auch als Ergebnis von Sozialisationsprozessen und in ihrer historischen Bedingtheit wahrnimmt und reflektiert. Damit setzt sich der/die Lernende mit anderen Perspektiven auseinander, relativiert die eigene Perspektive und macht sie somit veränderbar. Eine normative Bewusstseinsbildung wird hinterfragt und analytisches historisch-politisches Bewusstsein gefördert.“ (41) Der Verfasser belässt es nicht bei diesen recht abstrakt klingenden Formulierungen. Er illustriert seinen Ansatz an einem „Praxisbeispiel“ in Gestalt eines „Unterrichtsentwurfs, der politische Systeme und Herrschaftsrepräsentation zum Thema hat“ (42). Dieser bietet eine detaillierte Materialgrundlage nebst Arbeitsaufgaben. Einzelne Materialien lassen sich übrigens durchaus losgelöst vom konkreten Entwurf

unterrichtlich einsetzen.

Der Beitrag von Alfred Germ, Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Greifswald am Arbeitsbereich Fachdidaktik, wirft die Frage „Geographie und Politische Bildung – eine Selbstverständlichkeit?“ (54-96) auf. Im Sinne des von ihm umrissenen „modernen Verständnisses von Geographie“, das „sich aus den Zieldimensionen Zukunftsorientierung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität“ speise, sind die Schnittmengen beträchtlich. (61) Die Nähe der Fächer unterstreicht ganz ähnlich die folgende Aussage: „Die Geographie ist eine Integrativwissenschaft, die die Wechselwirkungen von Gesellschaft, Raum und Umwelt (Natur) zum Untersuchungsgegenstand hat. Da diese drei zentralen Kategorien auch den Forschungsgegenstand anderer Disziplinen wie der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Biologie oder technischer Studien darstellen, kann man die Geographie als Synthesewissenschaft verorten.“ (64) In Österreich gibt es seit 1962 das Unterrichtsfach „Geographie und Wirtschaftskunde“ (GWK bzw. GW) (vgl. 57). Während Germ aufgrund dieses Spezifikums naheliegenderweise die ökonomische Bildung nicht ausklammern kann, rückt sie im Beitrag „Politische versus ökonomische Bildung?“ der Kölner Sozialwissenschaftlerin

Birgit Weber (97-119) in den Mittelpunkt. Weber geht eingangs auf die unterschiedlichen Bezeichnungen des sozialwissenschaftlichen Fächerspektrums in den Bundesländern ein und streift die Kontroverse um die Etablierung eines eigenständigen Faches „Wirtschaft“. Während Fachvertreter der ökonomischen Bildung ganz klar einem eigenständigen Unterrichtsfach das Wort reden würden, plädieren Vertreter der politischen Bildung für „Wirtschaft“ als Gegenstandsbereich politischer Bildung. Weber weist auf die beträchtlichen Konsequenzen einer Ausklammerung „ökonomischer Themen aus dem sozialwissenschaftlichen Fach“ hin (102). Weder Abgrenzungsversuche seitens der Politikdidaktiker noch Einwände „gegenüber dem Dominanzanspruch der politischen Bildung“ (105) erstaunen. Weber bilanziert: „Die knappe Skizze wirtschaftsdidaktischer Konzeptionen verdeutlicht ebenso wie die politikdidaktische Argumentation, dass gerade die Legitimation der eigenständigen Bedeutung zu jener szientistischen Zuspitzung führt, die mit einseitigen Zerrbildern einhergeht.“ (107) Bei aller Kontroversität wissen – wie Weber unterstreicht – sowohl die „politischen Bildner“ als auch die „ökonomischen Bildner“ um die „Übereinstimmungen“ „zwischen beiden Lernfeldern“. Perspektivisch werden bislang

vier „unterschiedliche Modelle für die Verankerung ökonomischer Bildung“ diskutiert. „Diese sind (1) Wirtschaft als eigenständiges Fach, (2) als integriertes, aber untergeordnetes Themenfeld der politischen Bildung, (3) als additives Kombinationsfach oder (4) als integriertes Fach Sozialwissenschaften.“ (110). Die Verfasserin – das legt schon ihre universitäre Verankerung im sozialwissenschaftlichen Fachbereich nahe – optiert für ein gemeinsames Fach, das eine „Verständigung über gemeinsame Bildungsziele“ und Kompetenzen erforderlich mache. In übersichtlicher tabellarischer Form bietet sie zum Abschluss ihres Beitrages die „Elemente eines sozialwissenschaftlichen Integrationsfaches“.

Der Herausgeber des Bandes Thomas Hellmuth steuert mit „Der Trend zum Fächerverbund und zu Flächenfächern“ Überlegungen zum „Nutzen und Nachteil fächerübergreifender Curricula“ bei (120-140). Mit „Flächenfächer“ sind Versuche in Österreich und in der Schweiz gemeint, „die Fächer Geographie, Wirtschaftskunde, Geschichte und Politische Bildung miteinander zu verbinden“ (120). Er geht in seinem Beitrag besonders auf den Schweizer „Lehrplan 21“ ein, der auch schon in vorgängigen Beiträgen gestreift wurde. Dieser Lehrplan führte in der Schweiz allerdings auf

dem Hintergrund des „Professionsdenkens“ „zu heftigen Protesten“ (130). Der Aufbau ähnelt dem vorgängigen Muster, da er auch hier ein Unterrichtsbeispiel folgen lässt, das in diesem Fall das Thema „Werbung am Beispiel von Schüleridealen“ aufgreift.

Beatrice Bürgler, Dozentin für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik an der PH Zürich, und Peter Gautschi, Professor für Geschichtsdidaktik an der PH Luzern, haben gemeinsam den Beitrag „Historisches Lernen und Politische Bildung in der Deutschschweiz auf der Sekundarstufe I“ (141-173) verfasst. Im ersten Teil erläutern sie zunächst das Begriffsgespann ihres Titels, sodann illustrieren sie an einem Beispiel, wie „im Unterrichtsalltag die beiden Perspektiven oft abwechselnd eingenommen werden“ (142), schließlich befassen sie sich mit den spezifischen Bedingungen, die zur eigentümlichen Verschränkung geführt haben. Ihre Überlegungen münden in der Frage nach der „Zukunft des historischen Lernens und der Politischen Bildung“ (142). Wenngleich die Situation in der Deutschschweiz auf den ersten Blick nicht verallgemeinerbar sein mag, vermitteln gerade die Passagen, die die Spezifika der „föderalen Struktur“ in den Blick nehmen, auch Anregungen für die Diskussionen des bundesrepublikanischen Schulalltags.

Peter Gautschi und sein Mitarbeiter Kurt Messmer beschließen mit einem empirischen Beitrag zum „Geschichts- und Politikbewusstsein von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten“ (174-205) den Band. Die beiden Verfasser betonen, dass „die Forschung zur Politischen Bildung in der Schweiz mehr als übersichtlich geblieben ist“ (175). Die Befragung „Geschichtsunterricht und Politische Bildung an Luzerner Gymnasien“ wurde im Rahmen eines Praxisprojekts“ (177) im Schuljahr 2011/2012 durchgeführt. Sie greift auf die Studie „Youth and History“ zurück und hat daraus Fragen ausgewählt. Die Untersuchungsergebnisse haben u. a. zutage gefördert, dass „80 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten assimilierten Einwanderern das Wahlrecht geben“ würden. Die jungen Schweizer lehnen zudem einen Beitritt zur EU ab. Gleichberechtigung gilt für die Befragten als hoher Wert. Die Befragungsergebnisse wurden – wie abschließend deutlich gemacht wird – zugleich als „Lernanlässe“ genutzt und mit den Schülern und Schülerinnen intensiv bearbeitet. Angesichts der aktuellen Diskussionen um eine verstärkte Fächerintegration leistet der hier besprochene Band eine wichtige Orientierungshilfe und vermittelt einen soliden Überblick über Möglichkeiten – aber auch

Grenzen – eines veränderten Fächerkanons
im Schulalltag.

Klaus Barheier, Traben-Trarbach

(Abdruck der Rezension mit freundlicher Erlaubnis des
Wochenschau Verlags)